Ortsgemeinde Kottenheim

Vorlage Nr. 055/541/2020

Beschlussvorlage

TOP

**Vorgesehenes Sondergebiet
"Zeltplatz" Bereich Winnfeld Rampe
- Grundsatzbeschluss**

Verfasser: Hans-Paul Wagner
Bearbeiter: Hans-Paul Wagner
Fachbereich: Fachbereich 2

Datum:
19.08.2020

Aktenzeichen:

Telefon-Nr.:
02651/8009-47

Gremium	Status	Termin	Beschlussart
Ortsgemeinderat	öffentlich	08.10.2020	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Ortsgemeinderat fasst folgenden Grundsatzbeschluss:

Sollten sich im Rahmen des Verfahrens zur Änderung des Flächennutzungsplanes keine unüberwindlichen planungsrechtlichen Probleme ergeben, wird die Ortsgemeinde das Verfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplanes in Gang setzen. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass der zukünftige Vorhabenträger alle Kosten hierfür übernimmt. Dies ist vorab entsprechend vertraglich zu vereinbaren.

Etwaige Anträge:

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

☐ Ein- stimmig	☐ Mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung	☐ Laut Beschlussvor- schlag	☐ Abweichender Beschluss
---	--	----	------	------------	--	---

Der OG-Rat hat sich am 30.01.2020 erstmals mit dem Vorhaben des Herr Lars Brehndt befasst, der einen „Naturzeltplatz“ auf seinem Grundstück Gemarkung Kottenheim, Flur 12, Nr. 4/9 im Kottenheim Winnfeld errichten möchte.

Am 13.08.2020 daher fand ein erstes Abstimmungsgespräch zwischen dem Vorhabenträger sowie Vertretern der Ortsgemeinde Kottenheim und der Verbandsgemeindeverwaltung Vordereifel statt.

Zur Vermeidung von Wiederholungen wird auf den entsprechenden Gesprächsvermerk Bezug genommen, der der Vorlage als Anlage Nr. 1 beigefügt ist.

Der FB 2 wurde um Vorlage einer Beschlussvorlage für einen Grundsatzbeschluss dergestalt gebeten, dass die Ortsgemeinde für den Fall, das im Verfahren zur Änderung des FNP keine unüberwindbaren Hürden erkennbar werden, das Aufstellungsverfahren für den Erlass eines Bebauungsplanes in Gang setzen wird, dessen Kosten vom Vorhabenträger zu übernehmen wären.

Dabei bleibt zunächst offen, ob dies durch einen klassischen Angebotsbebauungsplan mit Kostenübernahmevertrag nach § 11 BauGB oder durch vorhabenbezogenen Bebauungsplan nach § 12 BauGB (mit Vorhaben- und Erschließungsplan sowie Durchführungsvertrag) erfolgen wird.

Der Rat wird um Beratung und Entscheidung gebeten.

Sachverhalt:

Finanzielle Auswirkungen?				
☐	Ja	☒	Nein	
Veranschlagung				
☐	Ergebnishaushalt 20	☐	Finanzhaushalt 20	☐
		Nein	Ja, mit €	Buchungsstelle:

Anlagen:

Anlage Nr. 1 - Vermerk vom 13-08-2020